

Komitee möchte Volk befragen

WIL FDP-Referendum gegen Verhinderungspolitik «Kapazitätsanpassung Lipo-Kreisel»

Am 2. Februar 2012 hat das Wiler Stadtparlament die Vorlage zum Staatsstrassenprojekt «Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse» knapp mit 18:17 Stimmen abgelehnt. Die FDP ist der Überzeugung, dass dieser Entscheid nicht der mehrheitlichen Volksmeinung entspricht und hat daher das Referendum ergriffen.

Der Entscheid des Stadtparlaments ist für die FDP zudem nicht nachvollziehbar, weil die Stadt Wil von den veranschlagten Baukosten von 9 Millionen Franken nur gerade 40'000 Franken zu zahlen hätte. Dank des Referendums soll nun das Wiler Stimmvolk über die «Kapazitätsanpassung Lipo-Kreisel» entscheiden.

546 Unterschriften notwendig

Es müssten für das Referendum 546 gültige Unterschriften gesammelt werden, erklärte Stadtparlamentarier Markus Hilber, FDP, der das Referendum angestossen hat. «Bis zum 12. März 2012 müssen die Unterschriften beglaubigt sein. Eine Abstimmung könnte dann im Juni vors Volk kommen.» Den Vorwurf von Wahlpropaganda weist Hilber entschieden zurück. Der Zeitpunkt habe sich so ergeben.



Bild: Walter Sutter

Markus Hilber erklärt die Situation beim Lipo-Kreisel.

Für Wahlpropaganda hätte er sich nicht zur Verfügung gestellt.

Keine Alternativen

«Die Gegner vermochten keine stichhaltigen Alternativen aufzuzeigen, setzten jedoch einmal mehr alles daran, eine Problemlösung im Verkehr mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei nehmen sie bewusst auch eine unheilvolle Behinderung des öffentlichen Verkehrs (öV) in Kauf. Verhinderungspolitik ist nicht das richtige Mittel den heutigen Verkehr eindämmen zu wollen» schreibt die FDP in ihrem Begleitbrief. Es handle sich ausschliesslich um eine Massnahme der Erhöhung des Verkehrsflusses zur Sicherstellung der öV-Anschlüsse von der Flawiler-

strasse zum Bahnhof Wil und zur Verhinderung gefährlicher Unfälle infolge regelmässiger Rückstaus auf die Autobahn.

Verstoss gegen Agglo-Programm

Die Verhinderungspolitik verstosse zudem gegen die verkehrspolitischen Zielsetzungen des Agglomerationsprogrammes, insbesondere gegen die wichtigen Busverbindungen zum Bahnhof Wil, welche im Gegenzug für die Schliessung der Bahnhöfe von Schwarzenbach und Henau-Algetshausen elementar seien. Fahrpläne des öV könnten heute regelmässig nicht eingehalten und somit die Anschlüsse an die Bahnlinien in Wil nicht sichergestellt

werden. Es bestehe deshalb dringlicher Handlungsbedarf.

Busbevorzugung vorgesehen

Der Kanton St.Gallen als Bauherr sei zudem gesetzlich verpflichtet, die regelmässigen und gefährlichen Rückstaus auf die Autobahn zu verhindern. Die letzte Sanierung dieser Verkehrsknoten vor rund 10 Jahren gelte heute klar als Fehlplanung. Die nun geplante Kapazitätsanpassung mit den beiden geplanten Kreiselbauwerken beim Lipo sehe auch alle Massnahmen für eine Bevorzugung des öV's vor, so das Referendumskomitee.

«Die Stadt Wil hat sich beim Kanton dafür eingesetzt, dass nach der Realisierung der beiden Kreisel auch flankierende Massnahmen zur Busbevorzugung an der Toggenburgerstrasse ausgeführt werden», betont Markus Hilber.

Das Referendumskomitee vertritt die Ansicht, dass die Kreiselbauten den innerstädtischen Verkehr kaum tangiere. «Es ist höchstens eine geringe Umverteilung auf die Toggenburgerstrasse – vor allem in Stosszeiten – denkbar. Dies auch nur, bis die Grünastrasse gebaut ist. Verkehrsmessungen haben gezeigt, dass über 90 Prozent des Stadtverkehrs hausgemacht sind», so Hilber. (Unterschriftenbogen unter www.fdp-wil.ch).

Walter Sutter